

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 25. februar 1972

blatt 441

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

behinderung des aeusseren waehringer guertel

1 wien, 25.2. (rk) ab montag kommender woche werden am aeusseren waehringer guertel zwischen antonigasse und leo slezak-gasse voraussichtlich fuer drei wochen arbeiten der wiener wasserwerke durchgefuehrt. die auswechslung der wasserschieber erfolgt jeweils im einmuendungsbereich der antonigasse, schumanngasse und leo slezak-gasse. die arbeiten haben zur folge, dass die fahrbahn des aeusseren guertels jeweils im baustellenbereich von drei auf zwei spuren eingeengt wird. im bereich der schumanngasse wird zudem auch im gleisbereich der strassenbahn gearbeitet.

0924

## haustorsperre in wien neu geregelt

2 wien, 25.2. (rk) die bestimmungen ueber die haustorsperre in wien wurden neu geregelt. am 1. maerz tritt eine magistratskundmachung in kraft, die ausdruecklich festlegt, dass die haustore in wien in der zeit von 7 bis 21 uhr offen zu halten sind.

eine ueberarbeitung der geltenden bestimmungen wurde wegen einer ziemlich grossen rechtsunsicherheit auf diesem gebiet notwendig. die bestimmungen waren so unklar formuliert, dass der verwaltungsgerichtshof auf grund der bestehenden gesetzlage einige strafen aufhob und daher ein vergehen in der praxis kaum geahndet werden konnte.

nun ist in der kundmachung eindeutig deklariert, dass ein verstoss gegen die offenhaltung der haustore von 7 bis 21 uhr eine verwaltungsuebertretung darstellt.

von der verpflichtung zum offenthalten der haustore sind nach der neuen kundmachung nur unbewohnte gebaeude und einfamilienhaeuser sowie wohnobjekte ausgenommen, bei denen gegensprech- oder toroeffnungsanlagen eingerichtet sind.

die bezirkspolizeikommissariate koennen ausnahmen von der verpflichtung zum sperren beziehungsweise offenthalten der haustore bewilligen, wenn die mehrheit der wohnungsinhaber damit einverstanden ist und keine bedenken der oertlichen sicherheitspolizei bestehen. darueber hinaus wird bei der erteilung von ausnahmegenehmigungen darauf bedacht genommen, dass der geschaeftsverkehr in den haeusern nicht gestoert wird.

0935

## die sendung des wiener buergermeisters

3 wien, 25.2.(rk) morgen samstag spricht buergermeister felix s l a v i k um 13.20 uhr in oesterreich-regional in der sendung des wiener buergermeisters ueber die kinder- und jugendbetreuung der stadt wien.

0937

## fuehrungen im historischen museum der stadt wien im maerz

5 wien, 25.2. (rk)

- samstag, 4. 15 uhr die entwicklung des stadtbildes in wien  
(dr. dueriegl)
- sonntag, 5. 10 uhr wiener theater. bilddokumente 1660- 1900  
(dr. dueriegl)
- 11 uhr uebersichtsfuehrung in der ur- und frueh-  
geschichtlichen abteilung (prof. dr. neumann)
- samstag, 11. 15 uhr wiener theater. bilddokumente 1660 - 1900  
(dr. bisanz)
- sonntag, 12. 10 uhr uebersichtsfuehrung durch die schausammlung  
(dr. bisanz)
- 11 uhr uebersichtsfuehrung in der ur- und frueh-  
geschichtlichen abteilung (prof. dr. neumann)
- samstag, 18. 15 uhr wiener theater. bilddokumente 1660 - 1900  
(dr. deutschmann)
- sonntag, 19. 10 uhr wiener theater- bilddokumente 1660 - 1900  
(dr. deutschmann)
- samstag, 25. 15 uhr uebersichtsfuehrung durch die schausammlung  
(dr. deutschmann)
- sonntag, 26. 10 uhr wiener theater. bilddokumente 1660 - 1900  
(dr. deutschmann)

## uhrenmuseum, 1, schulhof 2

- sonntag, 5. 10 uhr uhrentechnik und uhrengehaeuse-stilformen  
(heinrich lunardi)
- 11.15 uhr mechanische musikinstrumente und automaten  
(mit vorfuehrungen, heinrich lunardi)

## roemische ruinen unter dem hohen markt, 1, hoher markt 3

am 5. und 12. um 9.30 uhr uebersichtsfuehrung mit prof.dr. neumann.  
fuer geschlossene gruppen koennen auch andere termine vereinbart  
werden. telefonische anmeldung fuer das historische museum unter der  
nummer 42 804, klappen 741 - 46, fuer das uhrenmuseum unter der  
nummer 63 22 65. die fuehrungen sind kostenlos.

## faistauer-fresko nach salzburg abtransportiert

6 wien, 25.2. (rk) ''das fest nach der jagd'', anton faistauers deckengemaelde aus dem ledererschloessl in wien, wurde nach seiner abnahme durch den akd. restaurator josef f a s t l dieser tage aus der bundeshauptstadt nach salzburg transportiert, wo es bis zu seiner weiteren verwendung gelagert wird.

die abnahme war, wie der restaurator erklaerte, ''so erfolgreich wie noch bei keinem anderem fresko''. es gab so gut wie keine beschaedigungen. allerdings musste der plan fallengelassen werden, das werk auf einem zylinder einzurollen und so zu transportieren. das fresko traegt an seiner rueckseite eine fast zehn zentimeter dicke zementschicht, deren entfernung dem werk schaden wuerde.

daher wurde das fresko mit einer trennscheibe in vier teile zerschnitten (je 6.50 mal 2.20 meter). ein caterpillar von der benachbarten baustelle der ''stadt des kindes'' zog den salzburger lastwagen durch das unwegsame gelaende bis vor das portal des schloessls. 22 personen besorgten dann die verladung.

die zementschichte auf dem fresko ist es auch, die den salzburger plan vereitelt hat, das werk auf den eisernen vorhang des kleinen festspielhauses aufzutragen. im augenblick gehen die salzburger ueberlegungen in zwei richtungen: in betracht kommt ein geplantes salzburger kulturzentrum ebenso wie eine allfaellige erweiterung des museums carolino augusteum, in deren zug auch ein faistauer-saal geschaffen werden koennte.

1010

## bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

4 wien, 25.2. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 2. maerz: 17 uhr, landstrasse, karl borromaeusplatz 3, 1. stock, mitte, sitzungssaal.

0940

## Wiener Landtag

=====

Wien, 25.2. (RK) Vorsitz Landtagspräsident Doktor Wilhelm Stemmer. Von der FPÖ lagen zwei Anfragen vor. Die erste Anfrage betraf die Vergabe von Schulleiterposten in Wien. Die zweite, dringliche Anfrage hatte die Inkraftsetzung des Schutzzonenplanes zum Inhalt. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt.

Haftungsgesetz für Gemeindebedienstete

Landeshauptmann-Stellvertreter Bock (SPÖ) referierte über die Vorlage eines Gesetzes betreffend den Verzicht auf Ersatzforderungen der Gemeinde Wien gegenüber ihren Organwaltern.

GR. Dr. Tuma (DFP) begrüßte diese Gesetzesvorlage, stellte jedoch bezüglich des Haftungsumfanges einen Abänderungsantrag.

GR. Pöder (SPÖ) stellte fest, daß der vorliegende Gesetzesentwurf in seinen Bestimmungen wesentlich umfangreicher als das zur Zeit geltende Bundesgesetz sei. Da gerade der öffentlich Bedienstete im Rahmen seiner Dienstleistung große Verantwortung zu tragen habe, sei es notwendig, entsprechende Vorsorge zu treffen, was nunmehr geschehe.

In seinem Schlußwort betonte Landeshauptmann-Stellvertreter Bock, daß durch das vorliegende Gesetz der notwendige Haftungsumfang voll gegeben sei. Eine Höchstgrenze zum jetzigen Zeitpunkt bereits zu bestimmen, wäre jedoch verfrüht, zu einem späteren Zeitpunkt jedoch durchaus möglich.

Abstimmung: Der DFP-Abänderungsantrag wurde abgelehnt, der vorliegende Gesetzesentwurf einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte zur Begründung des Antrages auf Verlesung und Besprechung der Anfrage betreffs den Schutzzonenplan, daß der Entwurf für eine Novellierung der Bauordnung bereits in die Begutachtung gehe und deshalb eine sofortige Debatte nötig sei.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

(Ende Landtag)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 25.2. (RK) Vorsitz Bürgermeister Felix Slavik. Es lagen zwölf Anfragen vor, davon fünf von der DFP, sechs von der FPÖ und eine von der ÖVP. Anträge: Von der DFP betreffend Vorlage eines Planes für eine Nutzwasserleitung, betreffend Erinnerungen zum Voranschlag, betreffend Schaffung von Wohnungsberatungsstellen, betreffend Vereinfachung der Ausgabe von Kinder- und Schülerscheinen, betreffend Arbeitsunterlagen der Gemeinderäte; von der FPÖ betreffend Förderung von Hausstandsgründungen; von der ÖVP betreffend Novellierung einer Bestimmung der Wassergebührenordnung, betreffend Sanierung von Frostaufbrüchen und betreffend Einführung der bargeldlosen Mietzinszahlung für Gemeindemieter.

Dr. Drimmel legte Mandat zurück

Bürgermeister Slavik teilte mit, daß Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP) sein Mandat zurückgelegt hat. Der Bürgermeister würdigte Drimmel als einen jener Politiker, die sehr wesentlich die Geschicke unserer Republik mitgestaltet haben. Er gehörte zu jener Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder im Jahre Null beginnen mußte. Schon 1947 wurde er Sekretär des damaligen Unterrichtsminister Dr. Hurdes, 1952 bis 1954 leitete er als einer der jüngsten Sektionsleiter in der Geschichte der österreichischen Verwaltung die Hochschulsektion im Unterrichtsministerium, von 1954 bis 1964 war er Unterrichtsminister. In diese Zeit fielen die schwierigen Verhandlungen über die Schulreform, wobei große Gegensätze überwunden werden mußten. Seit 1964 gehörte Dr. Drimmel dem Gemeinderat an, von 1964 bis 1969 war er Landeshauptmann-Stellvertreter, Vizebürgermeister und Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Ab 1969 arbeitete er wieder als Beamter im Unterrichtsministerium, mit 1. Februar 1972 ist er in den Ruhestand getreten.

Bürgermeister Slavik sprach Dr. Drimmel, dem profilierten Politiker und brillanten Redner und Diskutierer für sein vielfältiges Wirken den Dank des Wiener Gemeinderates aus. (Starker, laut anhaltender Beifall von allen Fraktionen.)

Als Nachfolger Dr. Drimmels wurde Dkfm. Gerhard Ammann (ÖVP) als neuer Gemeinderat angelobt. GR Dr. Köchler (ÖVP) wurde in den Gemeinderatsausschuß 10 gewählt. Er scheidet gleichzeitig aus dem Gemeinderatsausschuß 14 aus, in den GR Dipl. Kfm. Ammann gewählt wurde.

#### Subventionen

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte 1,9 Millionen Schilling als Subvention 1972 für 15 Mitgliederorganisationen des Österreichischen Bundesjugendringes. Die Beträge orientieren sich an der Größe und Mitgliederzahl.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) lehnte den Antrag ab. Er kritisierte die Zuwendungen für einzelne Jugendverbände, die in keinem Zusammenhang mit deren Mitgliederzahl stünden. Die Junge Generation der ÖVP etwa, die nur 300 Mitglieder habe, bekomme zum Beispiel wesentlich mehr als die Pfadfinder Österreichs mit 3.000 Mitgliedern.

GR. Zörner (ÖVP) dazu: Die "private Volkszählung" über die Junge Generation entbehrt jeder Grundlage.

GR. Dr. Müller in seinem Schlußwort: Neben der Quantität würde auch die Qualität der Arbeit der Jugendverbände gewertet. Wenn Dr. Wolfram exakte Zahlen habe, möge er sie den zuständigen Stellen geben.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

GR. Zörner (ÖVP) beantragte 1,75 Millionen Schilling für die Wiener Mittel- und Kleinbühnen.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) begrüßte die Vorlage, regte jedoch an, daß nicht nur Theater mit Berufsschauspielern, sondern auch Laienbühnen bedacht werden sollten.

GR. Zörner verwies auf die Möglichkeit, im Rahmen der Volksbildung Laienaufführungen zu fördern.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Grundsatzbeschuß über U 3

GR. Edlinger (SPÖ) beantragte den grundsätzlichen Beschluß über die Trassierung der Linie U 3 zwischen Westbahnhof und St. Marx mit der Kreuzungsstation zwischen U 1 und U 3 am Stephansplatz..

GR. Müller (DFP) meinte, es wäre endlich ein Gesamtplan nicht nur für die U-Bahn, sondern auch für die Vorhaben des Individualverkehrs notwendig. Seiner Meinung nach sollte zudem nicht der Westbahnhof, sondern die Stadthalle an diese U-Bahn-Linie angebunden werden.

Die gegenteilige Meinung vertrat GR. Klement (FPÖ), der den Anschluß der U-Bahn an den Westbahnhof als richtig bezeichnete. Es wäre wünschenswert, den Bau dieser wichtigen U-Bahn-Linie zu forcieren.

GR. Matza (ÖVP) hob hervor, daß die nunmehr vorliegende Trassierung eine einvernehmliche Lösung zwischen der Stadtplanung und allen Betroffenen darstelle. Dabei habe die Stadtverwaltung ein geradezu mustergültiges Verhalten an den Tag gelegt, daß auch für andere Großprojekte wünschenswert wäre. Die Inbetriebnahme der Linie U 3 sei derzeit in den Jahren 1984 bis 1987 vorgesehen, doch wäre eine frühere Fertigstellung sicherlich besser. Matza urgierte neuerlich ein umfassendes Ausbau- und Finanzierungsprojekt der Wiener U-Bahn und führte an, der damalige Finanzreferent Slavik habe 1969 für 1970 438, für 1971 459, für 1972 482 und für 1973 über 500 Millionen Schilling als Bauraten genannt. Tatsächlich seien 1970 410 Millionen aufgewendet worden, im Vorjahr 696 und für heuer bereits 1080 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Slavik habe zudem bereits 1968 in einer Anfragebeantwortung erklärt, dem Gemeinderat werde sofort nach Erhebung der voraussichtlichen Baukosten eine eingehende Information zugeleitet. Dies sei jedoch bis jetzt nicht geschehen.

Als letzter Debattenredner wies GR. Ing. Nedwed (SPÖ) darauf hin, daß für die Trassierung der Linie U 3 (des westlichen Teiles der Linie U 3) insgesamt vier Hauptvarianten und eine Fülle von Studien ausgearbeitet worden seien und daß man eben zu einer für alle Beteiligten optimalen Lösung gelangt sei. Die Trassierung

im Bereich der Lindengasse trage sowohl der bedeutenden Geschäftsagglomeration Mariahilfer Straße als auch dem Umstand Rechnung, daß im 6. und 7. Bezirk sehr viele Arbeitsplätze vorhanden seien. Eine Prognose habe ergeben, daß die Linie U 3 pro Stunde und Richtung bis 20.000 Personen befördern werde. Die etwa 6,5 Kilometer lange Strecke zwischen Westbahnhof und St. Marx weise elf Haltestellen und dabei fünf Kreuzungsstellen mit anderen U-Bahnlinien auf. Nedwed gab dann noch einen kurzen Überblick über das bisherige Baugeschehen für die Wiener U-Bahn und hob hervor, daß man mit den bisherigen Leistungen zufrieden sein dürfe.

Im Schlußwort wies GR. Edlinger darauf hin, daß der heutige Grundsatzbeschuß für die Erteilung der eisenbahnrechtlichen Genehmigung für das Kreuzungsbauwerk am Stephansplatz notwendig sei und der ganze Fragenkomplex überdies ein Musterbeispiel für eine gute und langfristige Planung darstelle.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Regulierung der Bäderpreise

Die gestiegenen Gehälter - Mehraufwand gegenüber 1968: 17 Millionen Schilling - und den weitaus höheren Sachaufwand - Verteuerung der Brennstoffpreise gegenüber 1969: rund 30 Prozent - nannte Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ) als Hauptgründe für die geplante Erhöhung der Bäderpreise. Der Berichterstatter vermerkte, daß die Betriebskosten derzeit nur mehr zu 35 Prozent durch Gebühren gedeckt werden können. Nach der Tarifregulierung - sie soll am 1. März in Kraft treten - könnten immerhin wieder rund 49 Prozent gedeckt werden.

Zugleich mit der Preisregulierung werden jedoch eine Reihe zusätzlicher Begünstigungen geschaffen: so gibt es für Kinder und Jugendliche keine Beschränkung auf gewisse Tage oder Tageszeiten. Die Ermäßigungen gelten nach der Neuregelung auch am Wochenende. Prognostizierte Mehreinnahmen: 15 Millionen Schilling jährlich.

GR. Prof. Dr. Wolfgram (FPÖ) zog gegen die Teuerungswelle zu Felde, die seiner Meinung nach die Grenze der Belastbarkeit der Bevölkerung bereits überschritten habe. Zu Straßenbahn, Strom, Wasser, Heizkosten käme nun auch noch die Bäderpreiserhöhung. Das sei zuviel. Die FPÖ

könne daher dem Antrag nicht zustimmen. Er brachte einen Antrag ein, Kindern und Schülern an Wochentagen überhaupt das kostenlose Baden zu ermöglichen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) begann mit der Feststellung, daß die ÖVP sehr genau abwäge, wann sie ihre Zustimmung zu Tarifierhöhungen geben könne. Bei den Bäderpreisen könne seine Fraktion im Gegensatz zu U-Bahnsteuer oder Straßenbahn die Zustimmung geben. Auf den Vorwurf von GR. Hirnschall, er halte eine Entschuldigungsrede, konterte Dr. Ebert mit dem Vorwurf an die FPÖ, sie halte es mit der Opportunität, wenn es darum gehe, eventuell auf Bundesebene einen Ministersessel zu erhaschen.

(Minutenlanger Wirbel, Zwischenrufe aus der Bank der FPÖ - Gemeinderäte.) Ebert untermauerte die Zustimmung seiner Fraktion durch den Hinweis, daß gerade auf dem Bäderektor ein echtes Konzept vorhanden sei, viel investiert und rationalisiert werde. Auch er betonte die Verbesserungen der neuen Regelung für Schüler und Studenten.

GR. Deistler (SPÖ) wies auf die Verpflichtung des Gemeinderates hin, eine möglichst wirtschaftliche Führung der städtischen Bäder sicherzustellen. Zu einer Tarifierhöhung müsse man eben den Mut haben, wenn sie nötig sei. Der Redner wies dann auf eine Reihe von Ermäßigungen hin, die für ganze Gruppen von Schulkindern gewährt werden können. Im übrigen gab der Redner auch noch die große Wetterabhängigkeit der Sommerbäder zu bedenken.

GR. Dr. Otto Tuma (DFP) verwies auf den Nulltarif im alten Rom, und erklärte, daß man Kinder um wenig Geld, noch besser aber umsonst baden gehen lassen sollte.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Pfoch, die städtischen Bäder Wiens seien durch zwei Extreme gekennzeichnet: Sie stellten auf dem Gebiet des Angebots nach Art und Umfang absolut die Vorhut in Österreich dar, die Nachhut hingegen in der Tarifgestaltung. Im übrigen sei der Nulltarif in den städtischen Bädern ja für Kinder bis zu sechs Jahren ohnedies verwirklicht.

Als Neuigkeit teilte der Stadtrat mit, daß ab sofort das Ottakringer Bad sonntags ganztägig geöffnet ist.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Antrag FPÖ (Nulltarif für Besucher bis 19 Jahre, von Montag bis Freitag): einstimmige Zuweisung an Hochbauausschuß.

#### Hohe Wand-Wiese: Schülerermäßigung

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte ermäßigte Preise für die Benützung des Schleppliftes auf der Hohen Wand-Wiese durch Schülergruppen im Rahmen des Unterrichtes (Einzelfahrt zwei Schilling, Zehnerblock 15 Schilling).

GR. Neusser (ÖVP) beanstandete zunächst, daß Schlepplift und Schneekanonen der Hohen Wand-Wiese noch immer nicht im Rechnungsabschluß aufscheinen.

Neusser regte die Förderung des Langlaufes durch Ahlegung von Schiwanderwegen an. Mit dem Hinweis auf andere Schigebiete plädierte der Redner schließlich für die Einführung von Halbtags- und Tageskarten für Kinder und Jugendliche. Die Vorlage sei - wenn auch nur als Übergangslösung - zu begrüßen.

GR. Gawlik im Schlußwort: Es gibt im Wienerwald und im Voralpengebiet bereits zahlreiche Schiwanderwege. Störend seien freilich mitunter die Zäune privater Grundbesitzer. Im übrigen denke die Stadtverwaltung hinsichtlich der Wintersportförderung nicht kommerziell, sondern leiste viel für die Jugend. Beispiele seien die Fahrten zum Schnee und die Eislaufkurse.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Schemer (SPÖ) beantragte die Verhängung der zeitlich begrenzten Bausperre über den größten Teil des 1. Bezirkes, damit laufende Studien und Planungsarbeiten nach Festlegung der Trassierungen von U 1 und U 3 nach den verschiedensten Gesichtspunkten hin in Ruhe fertiggestellt werden könnten.

GR. Dr. Goller (ÖVP) erinnerte als einziger Debattenredner daran, daß im Oktober 1971 nach vier Jahren eine Bausperre über große Teile der Wiener Innenstadt abgelaufen sei, ohne daß deshalb seither von der Magistratsabteilung 16 entsprechende Flächenwidmungsänderungen beantragt worden wären. Nun werde über das selbe Gebiet wiederum eine Bausperre verhängt und entsprechend der Praxis müsse man annehmen, daß dies für weitere vier Jahre

der Fall sein werde. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen der Innenstadt. Zudem hatte es im Bericht der Planungsgruppe für das Vorjahr an den Gemeinderat geheißen, daß eine Fülle von Planungsarbeiten für den 1. Bezirk bereits abgeschlossen seien. Was also sei noch ausständig? Es gebe allerdings noch ein Rechtsproblem: Im Frühjahr des Vorjahres sei über das Gebiet Wildpretmarkt eine Bausperre verhängt worden. Welche Termine gelten nun? Goller meinte abschließend, es sei zu wünschen, den fertiggestellten Schutzzonenplan möglichst rasch in Kraft zu setzen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Finanzstadtrat Otto Schweda berichtete noch über die zweite Subventionsliste 1972 im Ausmaß von 8,7 Millionen Schilling. Der Antrag wurde ohne Debatte mit den Stimmen von SPÖ und ÖVF angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Gemeinderat (Nachlese)  
=====

Wien, 25.2. (RK) Die meisten der 81 Punkte der Tagesordnung wurden Freitag vom Gemeinderat ohne Debatte angenommen. Außer dem üblichen Kontingent an Grundtransaktionen, Aufzugseinbauten und ähnlichem, stand eine ganze Reihe bedeutender Ausgaben für das kulturelle Leben Wiens auf dem Programm. Unter den Beschlüssen finden sich Subventionen von 8,25 Millionen Schilling für die Durchführung der Wiener Festwochen 1972, 19,5 Millionen Schilling für die Wiener Symphoniker, 800.000 Schilling für die Viennale 1972 (sie beginnt am 16. März), 8 Millionen Schilling für den Verband Wiener Volksbildung, 4 Millionen Schilling für den Wiener Jugendkreis und schließlich 1,9 Millionen Schilling für das Theater der Jugend zur Durchführung des Jugendabonnements 1972.

- - -

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

7 wien, 25.2. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit:  
heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obst-  
sorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 6 bis 7 schilling, weisskraut 4 schilling  
je kilogramm, grundsalat (ital.) 4 schilling, glassalat 5 bis  
6 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 7 bis 8 schilling, bananen  
7 bis 8 schilling, orangen (blond) 4 schilling, orangen (blut)  
8 schilling je kilogramm.

1115